

Die mißglückte „Demokratisierung“

Ein SED-Plan — nach einem halben Jahr betrachtet

Vor genau einem halben Jahr versprach die SED auf ihrer III. Parteikonferenz der Bevölkerung eine „Entfaltung der Demokratie“, von deren Existenz man bis dahin nur aus der Verfassung wußte. Die Tatsache, daß sowohl in der Sowjetunion als auch in den Volksdemokratien zu diesem Zeitpunkt eine Abkehr vom stalinistischen Terror einsetzte, ließ viele Menschen in der Zone auf eine Besserung hoffen. Aber die Beschlüsse der damaligen Parteikonferenz wurden monatlang verschleppt. Vervässert und ihres ursprünglichen Inhaltes beraubt, hat man sie schließlich „totdiskutiert“. Heute aber ist es notwendig, eine erste Bilanz zu ziehen: Was hat sich geändert? Und: Haben wir noch Hoffnung, daß sich das SED-System selbst „demokratisiert“?

Greifen wir die wichtigsten Punkte von damals heraus: 1. Die Dezentralisierung des Staats- und Wirtschaftsapparates sollte eine Kontrolle des Staatswesens durch die Bevölkerung ermöglichen und den totalen Planungswirrwarr beseitigen.

2. Mit dem Personenkult sollte auch die diktatorische Befehlsgewalt der SED-Leitungen verschwinden. 3. Eine umfassende Wiedergutmachung im Parteiapparat sollte alle jene SED-Mitglieder rehabilitieren, die als Opfer Ulbrichts dem stalinistischen Säuberungswahn des Zentralkomitees zum Opfer fielen. 4. Eine Justizreform sollte die Rechtsgrundlagen des Staates wiederherstellen, vergangenes Unrecht beseitigen und willkürliche Handlungen der Polizeiorgane unterbinden. Auf die ökonomischen Versprechungen soll hier vorsichtshalber erst gar nicht eingegangen werden.

Lächerliche Vollmachten

Das einzige, was man durch Volkskammerbeschluß wenigstens in Gesetzesform kleiden konnte, war die Dezentralisierung des Staatsgefüges. Die Gemeinden und Kreise, die ja eigentlich die Grundlage des Staates bilden, sollten plötzlich wieder in den Genuß der ihnen verfassungsmäßig garan-

tierten Rechte kommen. Die Praxis offenbart sich uns in diesen Tagen: Es sind geradezu lächerliche Vollmachten, die man den „untersten Staatsorganen“ zubilligt hat. Ein Bürgermeister hat jetzt zwar gerade soviel Vollmachten wie ein kleiner Stadtschreiber in der westlichen Demokratie, aber Regierung und Räte der Bezirke kümmern sich nicht einmal um diese Änderung. Plötzlich bestimmen beide, der Rat des Kreises und der Minister. Und da die Sowjetzone ein zentralistischer Staat ist, wird genau das gemacht, was in Berlin beschlossen wurde. Bürgermeister und Rat des Kreises dürfen nur stumm registrieren.

So ist es auch mit dem Personenkult. Wer jahrelang gewohnt war, andere für sich denken zu lassen, wird nicht über Nacht ein brauchbarer Demokrat. Der Personenkult blüht nach wie vor, die eigene Initiative ist viel zu gefährlich. Zumal, wenn, wie in der SED, eine Parteidisziplin dahintersteht. Die Wiedergutmachung in der SED aber wurde erst gar nicht begonnen. Man hat seine unschuldig gemaßregelten Genossen aus den Jahren 1950 bis 1953 gnädig auf kleine, unwichtige Posten abgeschoben, aber nicht mit einem Wort die begangenen Fehler anerkannt.

Und wen das Unrecht als Nicht-SED-Mitglied traf, der sitzt heute noch für Dinge im Gefängnis, die längst nicht mehr strafbar sind.

Justizterror unverändert

Jeder kann dies aus Beispielen seiner nächsten Umgebung bestätigen: Der Justizterror ist unverändert geblieben! Zwar bemüht man sich, die Form zu wahren und keine direkten Verfassungsbrüche zu begehen, aber die Höhe der Urteile und die Art der geahndeten „Verbrechen“ zeigen keine Abkehr vom stalinistischen Prinzip. Längst hat man die wahren Ursachen der Fluchtbewegung aus der Zone zugegeben, die unsozialen Verhältnisse in vielen Zweigen der verstaatlichten Wirtschaft zugegeben — trotzdem aber verurteilt man noch immer Zonenbewohner wegen angeblicher „Abwerbung“ zu hohen Zuchthausstrafen. Ein Heer kommunistischer „Abwerber“ reist in der Bundesrepublik ungestraft umher, um Fachleute für den Fünfjahresplan in die Zone zu locken. Die SED selbst brüstet sich mit entsprechenden Erfolgswahlen. Im umgekehrten Falle aber — den es in dieser Form nicht einmal gibt — wird dies als „Staatsverbrechen“ verfolgt.

Längst ist es still geworden um die „Entfaltung der Demokratie“. Liest man die SED-Presse, könnte man meinen, sie habe seit jeher nur darin bestanden, daß ein Bürgermeister jetzt selber Schlachtgenehmigungen für Deputatschweine ausstellen kann. Der Kern der „Demokratisierung“ ging längst verloren, weil sich die SED hüten wird, die Axt an die Wurzel des von ihr selbst geschaffenen Übels anzulegen.

Gefahr um die Bundeswehr

DT. Es gibt in der natürlichen Spannung zwischen Regierung und Opposition zwei Aufgaben, in denen ein Ausgleich der Gegensätze und als seine Frucht ein gemeinsamer Weg beider geboten ist. Das ist die Außenpolitik und das ist die Wehrpolitik. Beide sind ihrem Wesen gemäß nach außen gerichtet: Sie dienen der guten Ordnung in den internationalen Beziehungen des Staates und seiner äußeren Sicherheit. Hier ist immer das Volk als Ganzes der Einsatz, und kein Staatsbürger kann sich ihm entziehen. Das ist der eigentliche Grund dafür, daß die Fragen der Außen- und der Wehrpolitik in Ländern, die sich durch staatsbürgerlichen Gemeinsinn auszeichnen, am wenigsten umstritten sind. Der scharfe Kampf, der kürzlich im Unterhaus zwischen Regierung und Opposition um die Suez-Frage stattfand, bestätigt als Ausnahme nur die in England gültige Regel. Sie bestätigt auch die demokratische Funktion der Opposition, die in einer entscheidenden Stunde eindrucksvoll und nicht ohne Erfolg wahrgenommen worden ist.

Schluß mit dem Wehrstreit!

Nachdem bereits die deutsche Außenpolitik durch den seltsamen Streit zwischen Regierung und Opposition schweren Schaden genommen hat, besteht heute die Gefahr, daß es der deutschen Wehrpolitik ähnlich ergehen könnte. Auch um sie wird ein Streit geführt, der seit Jahren andauert: Zunächst um das Prinzip der Wiederbewaffnung überhaupt, das sogar Moskau bereits anerkannt hat, dann um Form und Umfang der Bundeswehr, um ihre europäische Verknüpfung, um Wehrpflicht oder Berufsheer, um die Dauer des Wehrdienstes usw. Das alles ist zumeist bereits ausgekämpft, und wenn demnächst auch die Dauer der Wehrpflicht gesetzlich festgelegt sein wird, dann ist ein gewisser Schlußpunkt unter die langjährige Auseinandersetzung gewonnen. Das sollte dann auch der Punkt sein, an dem endlich die Einsicht beginnt, daß die Wehrpolitik aus dem parteipolitischen

Streit herausgenommen und als gemeinsame Aufgabe aller Parteien behandelt werden muß.

Es hängt nämlich sehr viel davon ab, daß das gelingt. Das ist vor allem eine Gewissensfrage an die SPD, die trotz grundsätzlicher Ablehnung der von der Bundesregierung verfolgten Wehrpolitik an der gesetzlichen Fundierung der neuen Bundeswehr mit wertvollen Anregungen beteiligt war. Die SPD hat durchaus recht, wenn sie angesichts betrüblicher Erfahrungen der Vergangenheit jede denkbare Sicherung persönlicher und sachlicher Art dafür verlangt, daß die Bundeswehr nicht — lau und gleichgültig gegenüber dem demokratischen Staat — wieder wie früher in ein Sonderleben zurückfällt, daß sie vielmehr vom staatsbürgerlichen Geist der demokratischen Republik erfüllt und als Instrument des Staates dem Staate auch vorbehaltlos ergeben ist. Es ist die gemeinsame Anstrengung der Bundesregierung und der großen Parteien, dieses Ziel über jeden Zweifel zu sichern.

SPD auf falschen Wegen

Im größeren Bereich der SPD sind indessen unter dem Eindruck ihrer überwiegend negativen Einstellung zum Militär, die hier und da bis zur Verneinung reicht, Haltungen sichtbar geworden, die leider auf das Gegenteil des gemeinsamen Zieles hinauslaufen. Wir empfehlen den sozialdemokratischen Politikern, sich auch einmal in die Seele eines neuen deutschen Soldaten hineinzuversetzen, der sich freiwillig gemeldet hat oder später in williger Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflicht der Einberufung folgt. Wenn diese Soldaten von dem sozialdemokratisch gefärbten Teil unseres Volkes nur Mißtrauen, Abneigung, Ablehnung und gelegentlich — wenigstens von der sozialistischen Jugend — sogar Beschimpfungen erfahren, dann darf man sich über ihre unvermeidliche Reaktion nicht wundern. Der Soldat nämlich sieht dann einfach die ganze sozialdemokratische Welt gegen sich gerichtet, zu der trotz aller deklamierten Neutralität immer mehr auch die Gewerkschaften wieder zu rechnen sind. Wer selbst gegenüber der Bundeswehr, über deren bittere Notwendigkeit unter vernünftigen

Menschen kein Streit sein sollte, eine unfreundliche und vielleicht sogar feindliche Haltung einnimmt, der muß natürlich erwarten, daß er von ihr gleichfalls nicht als Freund, sondern als Gegner empfunden wird. Soldaten sind nämlich auch Menschen.

Ein solches negatives Gefühl gegenüber einer großen deutschen Partei wäre bereits der Anfang einer neuen Politisierung des deutschen Soldaten, und zwar einer gefährlichen, die wir mit aller Entschiedenheit verhindern sollten. Wir haben es sonst wieder weit gebracht, und über die Frage der Schuld an dieser Entwicklung braucht dann nicht gestritten zu werden. Wir erreichen dann genau das Gegenteil dessen, was wir gemeinsam sichern wollen: Statt der organischen Einordnung der Bundeswehr in die staatsbürgerliche Selbstverständlichkeit unserer Demokratie begründen wir ihre Abkapselung in einem neuen „Korpsgeist“ gegenüber einem großen Teile unseres Volkes und schließlich auch gegenüber dem Staat selbst, — vor allem dann, wenn die SPD einmal zu seiner Führung berufen sein sollte.

Man mag zugestehen, daß die SPD aus ihren Erfahrungen mit der kaiserlichen und der Weimarer Wehrmacht noch manches ehemals begründete Ressentiment mit sich schleppt. Sie sollte aber einmal darüber nachdenken, ob sie nicht selbst damals einiges zu dem inzwischen überholten Zustand beigetragen hat, in dem ihre heutigen Ressentiments noch wurzeln. Sie sollte ferner darüber nachdenken, ob es nicht höchste Zeit ist, eine wehrpolitische Haltung zu revidieren, die einigermaßen anachronistisch ist angesichts der Tatsache, daß die SPD die Bundesrepublik als vorläufige Trägerin deutscher Verteidigungskraft in gleicher Verantwortlichkeit mitgeschaffen hat. Wir empfehlen der SPD, dem Beispiel ihrer sozialistischen Freunde in anderen Ländern, z. B. in Schweden zu folgen, unter deren langjähriger Regierungsführung eine moderne und ausgezeichnete Verteidigungsmacht bewahrt und weiter ausgebaut worden ist. Man sieht an diesem Beispiel jedenfalls, daß Sozialdemokraten auch anders können.

Der millionste Flüchtling

Appell an die Welt für Frieden und Einheit

Berlin (Eigenmeldung). Eine Million Menschen aus der Sowjetzone und Ostberlin sind seit dem 1. Januar 1949 nach Westberlin geflüchtet. In der vergangenen Woche wurde der millionste Flüchtling von den Notaufnahmehörden im Flüchtlingslager Marienfelde registriert.

Wie Präsident Brandt vor dem Abgeordnetenhaus erklärte, gebe das Eintreffen des millionsten Flüchtlings erneut Veranlassung, die Staatsmänner und die Völker anzurufen, Deutschland endlich den Frieden zu geben und wieder zusammenzubringen, was zusammengehört.

Von den eine Million Flüchtlingen wurden 600 000 in die Bundesrepublik geflogen, andere kehrten in die Sowjetzone zurück oder gelangten auf anderen Wegen in die Bundesrepublik. Über 500 000 Flüchtlinge waren Kinder und Jugendliche bis zu 25 Jahren.

Zu echten Opfern bereit

Hanau (AP/DPA). Bundesaußenminister Dr. v. Brentano hat auf dem Landesparteitag der hessischen CDU die Außenpolitik der Bundesregierung verteidigt. Er sagte, wenn in Frankreich nach dem 1. Januar 1957 mit der Wiedereingliederung des Saargebietes keine Ressentiments gegenüber den

Deutschen bestehen werden, dann sei dies allein ein Verdienst des Kanzlers. Er betonte die Bereitschaft der Bundesrepublik, echte Opfer für die Wiedervereinigung zu bringen, lehnte jedoch erneut Gespräche mit Pankow als indiskutabel ab.

Haas: Nach dem Urlaub wieder nach Moskau

Bremen (AP/DPA). Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Haas, hat jetzt erneut erklärt, daß er im Anschluß an seinen Urlaub wieder nach Moskau zurückkehren werde. Jeden Versuch, seinem gegenwärtigen Aufenthalt in der Bundesrepublik eine andere Deutung zu geben, wies er zurück.

Ein unerträglicher Zwiespalt

Weihbischof Dr. Freusberg zum Atheismus

Berlin (KNA). Auszüge aus einer Predigt, die der Erfurter Weihbischof Dr. Freusberg am Vorabend des 8. Parteitages der

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Gaitskell zur Deutschlandfrage

Alles für die Wiedervereinigung in Freiheit

Bonn (AP/DPA). Der britische Oppositionsführer Gaitskell hat sich für eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen. Gaitskell, der in einem Vortrag vor der Deutsch-englischen Gesellschaft in Bad Godesberg sprach, betonte, daß alles getan werden müsse, um die Wiedervereinigung unter der Voraussetzung zu erreichen, daß die Freiheit in Westdeutschland erhalten und die Sicherheit des Westens nicht gefährdet würde.

Der britische Politiker erklärte, die Wiedervereinigung dürfe allerdings nicht von einem Abrüstungsabkommen abhängig gemacht werden, da man politische Abkommen nicht zur Bedingung für die Abrüstung machen könne. Er

meinte, daß im Gegenteil die Abrüstung vielleicht zur Wiedervereinigung beitragen könne.

China: Schwierigkeiten in Tibet

Hongkong (AP). Zum ersten Male hat das kommunistische China zugegeben, daß es in dem seit 1951 besetzten Tibet mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. In einem Bericht, den der chinesische Militärgouverneur in Tibet, General Tschang Kuo-Hua, dem chinesischen Parteitag vorlegte, heißt es, jede Veränderung in den Lebensgewohnheiten der Tibetaner werde „große Schwierigkeiten für friedliche Reformen“ hervorrufen. Daher könnten „diese Reformen in abschbarer Zeit nicht beginnen“.

Ost-CDU in Weimar hielt und die in ihren wesentlichen Teilen von der Ostpresse nicht wiedergegeben wurde, hat jetzt das „Petrusblatt“ veröffentlicht. Freusberg sagte: „Mit sorgvollem Herzen muß, ich von einer Sache sprechen, die mich nicht zur Ruhe kommen läßt, das ist die in die Lehrpläne unserer Schulen eingebaute zwangsweise Einführung aller Kinder in den atheistischen Materialismus.“ Die Lehrpläne verlangten, daß die Kinder in der atheistisch-materialistischen Weltanschauung gefestigt die Grundschule verließen. Damit entstehe ein unüberwindlicher Gegensatz zwischen der Lehre der Schule und dem Geist des christlichen Elternhauses, das im Gewissen verpflichtet sei, den Kindern die christliche Wahrheit ins Herz zu pflanzen. „Es sei unausbleiblich, daß entweder die Autorität der Schule oder diejenige des Elternhauses zerbräche. „Ein solcher Zwiespalt ist unerträglich, hier muß Wandel geschaffen werden.“

HO — jetzt auf Raten

Die Industrieausstellung und „Die Welt der Frau“

Drei Dinge bewegen gegenwärtig jene Ostberliner, die seit nunmehr drei Jahren auf brauchbare und erschwingliche Haushaltsgeräte warten: die Westberliner Industrieausstellung, die Stalinallee-Gebrauchsgüterchau „Welt der Frau“ und — das neue HO-Teilzahlungssystem. Alle drei stehen miteinander im Zusammenhang. Die Tatsache, daß wieder, wie bisher in jedem Jahr, halb Ostberlin zum Dankum pilgert, um private Betrachtungen über den Lebensstandard anzustellen, veranlaßt die SED, eine Miniaturschau in der Sporthalle Stalinallee dagegenzustellen. Ein Fehler — wie sich herausstellte —, denn erst diese Schau gibt die für die SED blamable Vergleichsmöglichkeit. Die HO-Ratenzahlung aber hat weniger bekannte Hintergründe.

Was dort in der Sporthalle gezeigt wird, sind — soweit es sich auf im Handel erhältliche Gegenstände bezieht — weit überbeuerte Artikel von geradezu erschreckend schlechter Qualität. Aber auch die übrigen, zumeist erst neu entwickelten Gebrauchsgüter prophezeien ihren künftigen Besitzern wenig Glück.

Obwohl es sich fast durchweg um Nachahmungen westlicher Qualitätserzeugnisse handelt, versagen viele Geräte bereits bei der Vorführung. Was man beispielsweise im Augenblick an Kühlschränken zeigt, sind lediglich Musterstücke. Die gesamte Kühlschrankproduktion ist gestoppt. Tausende unbrauchbarer Schränke liegen in den Handelszentralen fest. Die Neuproduktion wird etwa im Februar anlaufen.

Teure Waschmaschinen

Ähnlich ist es mit der Waschmaschinenproduktion. Man hat aus einer falschen Planung heraus nur „Großgeräte“ produziert, die aber wiederum zu klein sind, um von Großwäschereien gekauft zu werden. Für die Hausfrau sind diese viel zu teuren Geräte völlig unbrauchbar, zumal sie Unmengen Waschmittel verbrauchen. Die Elektrogeräte sind zum Teil schlechter geworden, seit sie von schwerindustriellen Großbetrieben „so nebenbei“ hergestellt werden. Rundfunkgeräte, deren Produktion für die Zonenbetriebe weitaus billiger ist, sind bei minderer Qualität viel teurer als entsprechende Westgeräte.

Wer die Industrieausstellung besucht, dem fällt übrigens das

Initiieralent der Zonenindustrie weniger auf. Diese bringt jetzt etwa die nachgeahmte Westproduktion von 1954/55. Die Anlaufzeit ist zu groß, und ehe sich die Zonenindustrie mit den nachzubauenden Westzeugnissen befreundet hat, sind diese schon durch zwei Jahre überholt. Wer das alles weiß, kauft sich lieber ein Westprodukt, gebraucht und Jahrgang 1954, und hat dann immer noch etwas weit Besseres als das, was ihm jetzt in der HO geboten wird. Die Westhändler wissen dies, und viele Qualitätserzeugnisse der durch die ständigen Neuerscheinungen

überholten Produktion gehen zu weit verbilligten Preisen nach Ostberlin.

Durchsichtiger Ratentrick

So kommt es zu der Sache mit den Raten. Die SED hat sich erst jüngst grundsätzlich gegen das Teilzahlungssystem ausgesprochen. Warum also jetzt eine Schwenkung um 180 Grad? Die Antwort ist simpel. HO und Konsum sitzen auf Bergen unabsetzbarer Konsumgüter fest, die man spätestens im kommenden Frühjahr gewaltig im Preis herabsetzen muß. Das bringt dem Staatshandel wesentliche Verluste. Folglich versucht man, dem Konsumenten jetzt die überbeuerten Geräte auf langfristige Ratenzahlung zu verkaufen, um die Verlustspanne zu senken. Wer nun bei der HO kauft, kann sich im Frühjahr über seine Dummheit ärgern, die HO aber lacht sich ins Fäustchen.

Auch das ist ein kleiner Beitrag zur Industrieausstellung, die niemand versäumen sollte und die der SED so sehr an die Nerven geht.

Die Saar grüßt Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Als Ausdruck der Verbundenheit der Saar mit Berlin hat der saarländische Wirtschaftsminister Dr. Brinkmann dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Brandt, sowie Wirtschaftsminister Dr. Hertz Originalgrubenlampen von der Saar überreicht. Dr. Brinkmann, der Wirtschaftsberechnungen mit verschiedenen Berliner Stellen führte, äußerte sich außerordentlich positiv über die Berliner Wirtschaftsentwicklung. Er will eine saarländische Absatzorganisation ins Leben rufen, die nach dem Berliner Vorbild errichtet werden soll.

her jedoch immer abgelehnt worden war. Wie Ministerpräsident St. Laurent mitteilte, ist die Entscheidung seiner Regierung durch die sowjetische Lieferung von Düsenflugzeugen an Ägypten stark beeinflusst worden. Israel habe versprochen, die Flugzeuge lediglich zu Verteidigungszwecken einzusetzen.

Nachspiel zum Moskauer Kommuniqué

Den Haag (DPA). Der indonesische Außenminister Abdugani wird sich voraussichtlich vor dem Parlament verantworten müssen, weil er in Moskau ein gemeinsames sowjetisch-indonesisches Kommuniqué unterzeichnet hat. Die beiden der indonesischen Regierungskoalition angehörenden Moslem-Parteien sind der Ansicht, daß diese Handlung des Außenministers gegen die indonesische Politik der Unabhängigkeit und Souveränität verstößt.

24 Düsenjäger für Israel

Ottawa (DPA). Die kanadische Regierung hat überraschend beschlossen, 24 Düsenjäger an Israel zu verkaufen. Sie gab damit einem Ersuchen Israels statt, das bereits vor mehreren Monaten gestellt, bis-

So sind sie wirklich:

„Fachkenntnisse nicht erforderlich“

Unsichtbar stand hinter dem letzten Weimarer Parteitag der Ost-CDU der Name eines Mannes, der gern Parteivorsitzender werden möchte, wenn der alternde Nuschke ihm sein Amt zur Verfügung stellte: Luitpold Steidle. Das Amt des Ministers für Gesundheitswesen allein scheint Steidle wenig sicher, seit sich die Klagen über sein Ministerium häufen. Und es wäre nicht das erste Mal, daß ein Ost-Minister seine schlechte Amtsführung durch eine politische Rolle zu kompensieren sucht.

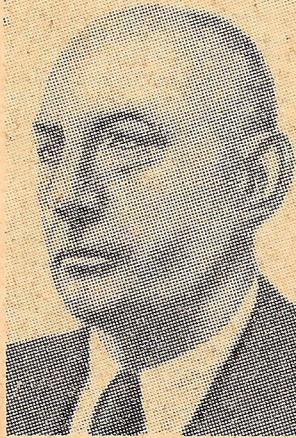
Eigenartig und widersinnig ist dieses Mannes Lebenslauf. Im März 1890 als Sohn eines Ulmer Kriegsgerichtsrates geboren, wird er Weltkriegsoffizier im königlich-bayerischen Leibregiment. Dann studiert er Agrarwissenschaft, wird Gutsinspektor, bis ihn 1934 die Wehrmacht des neuen NS-Staates ruft. Als aktiver Offizier avanciert er bis zum Obersten und Regimentskommandeur, als der er 1943 bei Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft gerät.

Das „Nationalkomitee“

Er wird einer der ersten „Schüler“ des von KPD-Emigranten geleiteten „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und Mitbegründer des „Bundes Deutscher Offiziere“. Als 2. Präsident dieser Gruppe kehrt er mit den ersten deutschen Kommunisten unmittelbar bei Kriegsende nach Deutschland zurück.

Aber anstatt folgerichtig der KPD beizutreten oder die spätere Entwicklung der NDPD abzuwarten, schleust ihn die kommunistische Kaderpolitik in die soeben gegründete CDU. Trotzdem bleibt er weiter unter der Obhut der KP. Bereits im Dezember 1945 machen ihn seine Lehrmeister zum Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft. Als Stellvertreter der Vorsitzender der „Deutschen Wirtschaftskommission“ gehört er 1948 bereits zu den führenden Männern der künftigen

LUITPOLD STEIDLE



gen Zonenregierung. Es war der Dank der SED, für die sich Steidle nach dem Verrat an Jakob Kaiser und Ernst Lemmer auf die Seite Nuschkes und Dertingers schlug.

Steidle rückte in den „Politischen Ausschuss“ der Ost-CDU auf und wurde damit auch einer der Spitzenfunktionäre dieser Partei. Andere Ehrenfunktionen setzten ihn überall dort ein, wo die Partei den im „Nationalkomitee“ geformten „Bürgerlichen“ sehen wollte. Die Regierungsbildung vom Oktober 1949 trug ihm den Posten des Ministers für Arbeit und Gesundheitswesen ein.

Fremd im eigenen Haus

Es war ein schwieriger Posten für Steidle, der fachlich völlig unbelastet war. Bald würde das Ministerium geteilt, so daß er nun „Minister für das Gesundheitswesen“ war. Er blieb fremd im eigenen Haus. Seine Sekretärin verstand dem Personalchef, der wiederum die Schlüssel zu Steidles Panzerschrank besaß. Der Stab fachlicher SED-Referenten schickte „seinen“ Minister auf Reisen, er durfte Krankenhäuser und Säuglingskrippen inspizieren.

So ist Steidle allmählich völlig isoliert worden. Seine Untergebenen leiteten das Ministerium, aber die SED hat einen „bürgerlichen“ Minister vorzuweisen. Nach der Verhaftung Dertingers und Hamanns war dies von nicht geringem propagandistischem Wert. Für Steidle spricht, daß er anfangs noch versuchte, eigene Parteifreunde im Ministerium zu halten. Bald aber mußte er erkennen, daß zum Regieren mehr als nur der hier zweifelhafte Ministerrang gehört. Später kamen andere Sorgen hinzu. Die Ärzteflucht aus der Zone, der steigende Krankenstand in der von der SED mißtrauisch beobachteten Grundstoffindustrie. Oft versuchte der Minister einzugreifen, immer wieder warf ihn die fachliche Unfähigkeit zurück. Der SED war es recht, denn nur so war er ein „bequemer“ Minister.

Gefahr auf dem Lande

Seit drei Monaten droht eine andere Gefahr. Das Gesundheitswesen auf dem Lande — trägt böse Früchte. Die SED hat Untersuchungskommissionen eingesetzt, deren Ermittlungen der Minister nicht zu sehen bekommt. Nun fürchtet er um sein Amt, der Vorsitz in der Partei wäre seine Rettung. Nuschke ist alt und müde, die Frage der Nachfolge steht ohnehin.

Eine andere Chance — wenn man es so benennen will — wartet noch auf Steidle. Die SED spielt mit dem Gedanken, die „Nationale Front“ und das Gros der kommunistischen Unterorganisationen zu einer organisatorisch starken „Volksfront“ umzubilden. Eine solche Organisation braucht Männer, die man im Parteijargon kurz als „bürgerliche Kommunisten“ charakterisiert. Steidle hat schon einmal in der Volkskongressbewegung eine ähnliche Rolle gespielt. Ohne Zweifel stünde er der SED auch heute zur Verfügung, wenn diese ihn benötigte.

Notenwechsel Bonn—Moskau

Es geht um die Heimkehr deutscher und sowjetischer Bürger

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung hat die Sowjetunion erneut aufgefordert, der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau die Aufnahme eines Kontaktes mit den deutschen Fachleuten in Suchumi am Schwarzen Meer zu ermöglichen. In einer Note, die der Geschäftsträger in Moskau dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Sorin übergeben hat, wird darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Suchomi-Deutschen in die Bundesrepublik zurückkehren will.

Die Regierung der Sowjetunion versuche aber, diesen Deutschen Pässe für die Sowjetzone aufzudrängen. Dieser Versuch wird von der Bundesregierung als eine Mißachtung der Freiheit des Individuums bezeichnet, die auch durch einen Vertrag zwischen der Sowjetregierung und der Panower Regierung nicht verletzt werden dürfe.

In der Note wird weiter darauf hingewiesen, daß die Verträge der Sowjetregierung mit den deutschen Fachleuten schon Ende 1954 oder Anfang 1955 abgelaufen waren. Am 12. Dezember 1955 seien die Deutschen aus der Gegend von Moskau ans Schwarze Meer gebracht worden. Einen Tag später sei Bundeskanzler Dr. Adenauer von der Sowjetregierung zugesagt worden, daß es allen deutschen Facharbeitern in der Sowjetunion freistehe, in die Bundesrepublik zurückzukehren. Abschließend stellt die Bundesregierung mit Bedauern fest, daß die Sowjetunion weder ihre vertragliche Verpflichtung gegenüber den deutschen Facharbeitern noch ihre Zusicherungen gegenüber der Bundesregierung eingehalten habe.

„Stalinisten“ nicht mehr im Präsidium

Wien (DPA). Bei der Wahl für das neue Präsidium des ungarischen Schriftsteller-Verbandes sind alle als stalinistisch geltenden Schriftsteller von der Wahlliste gestrichen und durch namhafte sozialdemokratische oder bürgerliche Autoren ersetzt worden. Die Wahl, die vorige Woche stattfand, war nach Mitteilung unterrichteter Kreise die erste freie und geheime Wahl in Ungarn seit Kriegsende.

In einer sowjetischen Note, die kurz darauf der Bundesregierung in Bonn übergeben wurde, fragt die Sowjetregierung nach dem Schicksal von 3019 sowjetischen Staatsangehörigen, die im Kriege zwangsweise in das Deutsche Reich gebracht worden seien. Sie bittet die Bundesregierung, ihr

bei der Auffindung dieser namentlich angeführten Personen behilflich zu sein und kündigte weitere Listen mit den Namen sowjetischer Bürger an. Von deutscher Seite wurde bei der Übergabe der Note eine sorgfältige Prüfung zugesagt.

Ein Regierungssprecher teilte mit, daß etwa 20 000 sowjetische Staatsangehörige im Bundesgebiet leben. In dieser Zahl sind Balten und Ostpolen, die von der Sowjetunion als sowjetische Staatsbürger beansprucht werden, nicht enthalten. Der Regierungssprecher wies erneut auf den Grundsatz hin, daß jeder ausländische Staatsangehörige, der diesen Wunsch habe, jederzeit in seine Heimat zurückkehren könne.

Der ewige Notenwechsel

DT. In dem langwierigen Streit um die Rückkehr deutscher und sowjetischer Staatsbürger in ihre Heimatländer wurden kürzlich ungefähr gleichzeitig wiederum zwei Noten überreicht: eine deutsche in Moskau und eine sowjetische in Bonn. Die Bundesregierung fordert erneut für die deutschen Spezialisten in Suchumi das Recht zur Ausreise in die Bundesrepublik und stellt fest, daß bisher rund 200 von ihnen die Ausreise nach Westdeutschland wünschen. Die sowjetische Regierung dagegen fordert die „Rückführung“ von rund 3000 namentlich genannten sowjetischen Staatsbürgern und kündigt weitere Listen von Personen an, die nach der Sowjetunion zurückgebracht werden sollen.

Die deutsche und die sowjetische Forderung sind voneinander grundverschieden. Während die Bundesregierung darauf besteht, daß dem erklärten Willen der in Suchumi zurückgehaltenen Deutschen zur Ausreise in die Bundesrepublik stattgegeben wird, fordert Moskau die „Rückführung“ sowjetischer Staatsbürger, die nicht in die Sowjetunion zurückkehren wollen. Sie sollen gegen ihren Willen sozusagen nach der Sowjetunion „verfrachtet“ werden. Gemessen an den Rechtsauffassungen der Länder, in denen die Grundsätze der Humanität gelten und die

Charta der Menschenrechte dazu, hat die Sowjetunion in beiden Fällen unrecht: mit dem, was sie fordert und auch mit dem, was sie verweigert. Sie kann weder die Ausreise der Deutschen, die dieses gute Recht in Anspruch nehmen, verweigern noch kann sie die gewaltsame Rückführung solcher sowjetischer Staatsbürger fordern, die zur Rückkehr in die Sowjetunion nicht bereit sind.

Die Bundesregierung jedenfalls ist in keiner Weise in der Lage, dem sowjetischen Ansinnen zu entsprechen. Was im Verstoß gegen die Menschenrechte einmal zwischen Hitler und Stalin möglich war, nämlich die gewaltsame Auslieferung deutscher kommunistischer Emigranten durch Moskau an die Gestapo Himmlers, das ist nun einmal zwischen Bonn und Moskau unmöglich. In Deutschland, in Westdeutschland hat sich nämlich inzwischen einiges geändert. Möglich und sogar erwünscht ist es dagegen jederzeit, daß alle sowjetischen Staatsbürger, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, dies sofort mit denkbar größter Unterstützung durch die deutschen Behörden auch tun können. Die sowjetische Botschaft in Bonn besteht nun bereits so lange, daß sie sich über die Tatsächlichkeit und Wahrhaftigkeit dieser Feststellung erschöpfend informieren konnte.

Adenauer warnt Europa

Staatsbesuch in Brüssel — Belgien gibt deutsche Gebiete zurück

Brüssel (Eigenm./AP). Zum ersten Male seit dem Kriege hat in dieser Woche der deutsche Bundeskanzler Belgien einen Staatsbesuch abgestattet. Der zweitägige Besuch verlief in einer sehr herzlichen Atmosphäre und hat zu einer noch engeren Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beigetragen. Höhepunkte des Besuches waren die Regelung aller strittigen Grenzfragen und eine Rede Dr. Adenauers, in der er die europäischen Völker eindringlich ermahnte, eine Föderation der europäischen Staaten zu gründen, um der „europäischen Not“ ein Ende zu bereiten.

Belgien ist von allen ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands das erste Land, das alle ungeklärten Grenzfragen mit der Bundesrepublik bereinigt hat. Durch den Vertrag kehren, vorbehaltlich einer Regelung im Friedensvertrag, die Orte Bildchen, Leykaul, Losheim, Hemmeres und Lichtenbusch mit 648 Deutschen in den deutschen Staatsverband zurück.

Dr. Adenauer, der in Brüssel vor einem internationalen Publikum sprach, forderte die europäischen Nationen auf, die Konsequenzen aus der geschichtlichen Entwicklung zu ziehen, die zu großer Machtkonzentration bei den USA und der So-

wjetunion und zum Erscheinen neuer Staaten der asiatisch-afrikanischen Welt geführt hat, und eine europäische Vereinigung zu bilden. Die Europäer müßten, wenn sie sich behaupten und wieder eine Rolle in der Weltpolitik spielen wollten, auf nationale Vorstellungen verzichten und eine gemeinsame Politik betreiben. „Wir müssen handeln, andere handeln auch.“ Der Teilnehmerkreis soll nach den Worten Dr. Adenauers nicht begrenzt und das Arbeitsgebiet so umfassend wie möglich sein.

Die deutsche Teilung zog sich wie ein roter Faden durch die Besprechungen, die Dr. Aden-

auer und seine Begleiter mit den belgischen Politikern hatten. Der belgische Ministerpräsident van Acker nannte die Teilung eine der wichtigsten Ursachen für die bestehenden Spannungen in der Welt. Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit würde wesentlich zur Sicherung der Zukunft Europas beitragen.

Flucht in die Freiheit

Berlin (Eigenmeldung/AP). Ein Pilot der polnischen Luftwaffe ist am Dienstag mit einem sowjetischen MIG-Düsenjäger auf der dänischen Insel Bornholm gelandet und hat um politisches Asyl ersucht. Zwei Tage zuvor waren in Niederbayern zwei tschechoslowakische Flüchtlinge, ein Offizier der Luftwaffe und ein Zivilist, mit einem Schulflugzeug gelandet und hatten bei der deutschen Polizei um flugzeug gelandet und hatten ist ein sowjetischer Funker im Kattegat von Bord eines sowjetischen Schiffes gesprungen und hat sich unter den Schutz dänischer Behörden gestellt.

Ehemaliger Standgerichts-Chef verhaftet

Berlin (Eigenmeldung). Der frühere Vorsitzende eines der berühmtesten fliegenden Standgerichte, der 46jährige ehemalige Major Erwin Helm, ist im Westberliner Flüchtlingslager Marienfelde von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Seit 1952 liegt bei der Staatsanwaltschaft in Würzburg ein Haftbefehl gegen ihn vor.

Helm hatte mit seinem Standgericht in den letzten Kriegsmontat März und April 1945 vorwiegend im west- und miteldeutschen Raum zahlreiche Hinrichtungen, zum Teil ohne ordentliche Gerichtsverfahren, vollzogen. 1952 wurde Helm vom Ostberliner Stadtgericht zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, jedoch vor einigen Wochen durch eine Amnestie der Sowjetzone aus der Strafanstalt Brandenburg entlassen. Während seines Prozesses in Ostberlin hatte Helm zugegeben, etwa 230 Todes-

urteile bestätigt und in zwei Verfahren „beschleunigt“ eingegriffen zu haben.

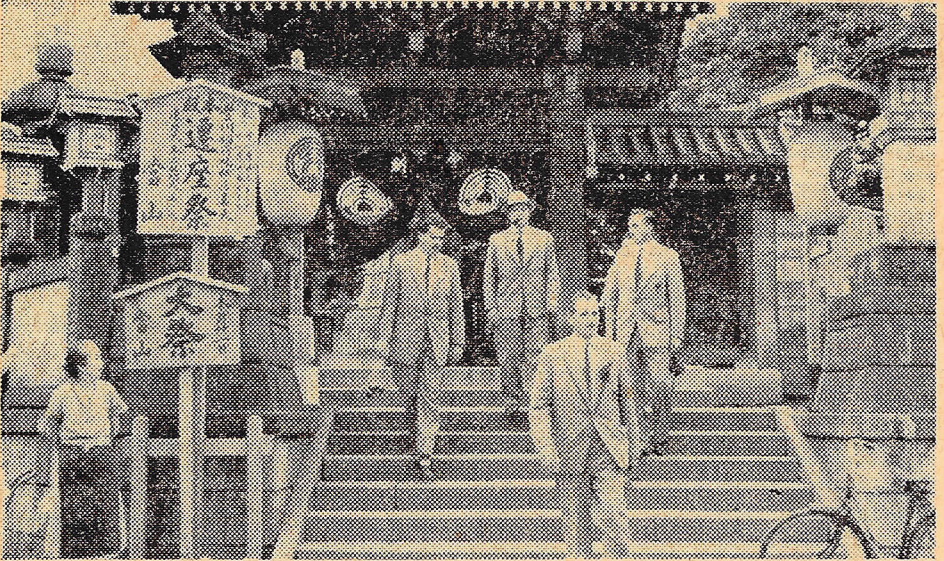
Eisenhower: Ohne Leidenschaft

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat in seiner ersten größeren Wahlrede auf seine bisherige Friedenspolitik hingewiesen und nachdrücklich betont, daß Amerika auch künftig bereit sei, seine große Stärke „zum Nutzen und nicht zum Schaden der Welt“ einzusetzen. Auch in der Frage des Suezkanals hätten die USA „mit Sorgfalt und Zurückhaltung“ gesprochen. Da sich zwischen zwei oder mehr Nationen, die mit den USA in Freiheit verbündet seien, immer Meinungsverschiedenheiten ergeben könnten, könne es sich die amerikanische Regierung nicht leisten, die eine oder die andere Seite „leidenschaftlich“ zu unterstützen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Druck: W. Büxenstein, GmbH. Manfred-von-Richthofen-Str. 2.



Die deutsche Handball-Nationalmannschaft ist zu einer 20tägigen Rundreise durch Japan in Tokio eingetroffen. Trotz eines umfangreichen Begrüßungsprogrammes fanden die Sportler noch Zeit, sich die Sehenswürdigkeiten Tokios anzusehen.

Mit Eisernem Kreuz am Rumpf. Eine Schulmaschine mit Düsenantrieb der neuen deutschen Luftwaffe.

